

x Neue Luzerner Zeitung	90.466
x Neue Zuger Zeitung	19.520
x Neue Urner Zeitung	4.310
x Neue Schwyzer Zeitung	4.005
x Neue Nidwaldner Zeitung	9.412
x Neue Obwaldner Zeitung	5.681

Schächtverbot bleibt

Couchepin gibt Druck nach

Nicht nur die Tierschützer, auch die Bundesratsparteien loben Bundesrat Couchepin. Sein Entscheid, am Schächtverbot festzuhalten, bewahre den Religionsfrieden.

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

Der Bundesrat kann seine Pläne zur Lockerung des Schächtverbotes nicht durchsetzen. Er muss dieses Ziel, das er sich im vergangenen Herbst bei der Revision des Tierschutzgesetzes gesetzt hatte, vertagen. Der Druck der öffentlichen Meinung war zu gross.

Die Idee, das 1893 vom Schweizervolk eingeführte so genannte Schächtverbot wieder aufzuheben, stiess in der Vernehmlassung auf massiven Widerstand. Zudem lancierte der Schweizer Tierschutz in der Folge eine Initiative, die neben der Beibehaltung des Schächtverbotes auch ein Importverbot für geschächtetes Fleisch vorsieht.

«Ein Menschenrecht»

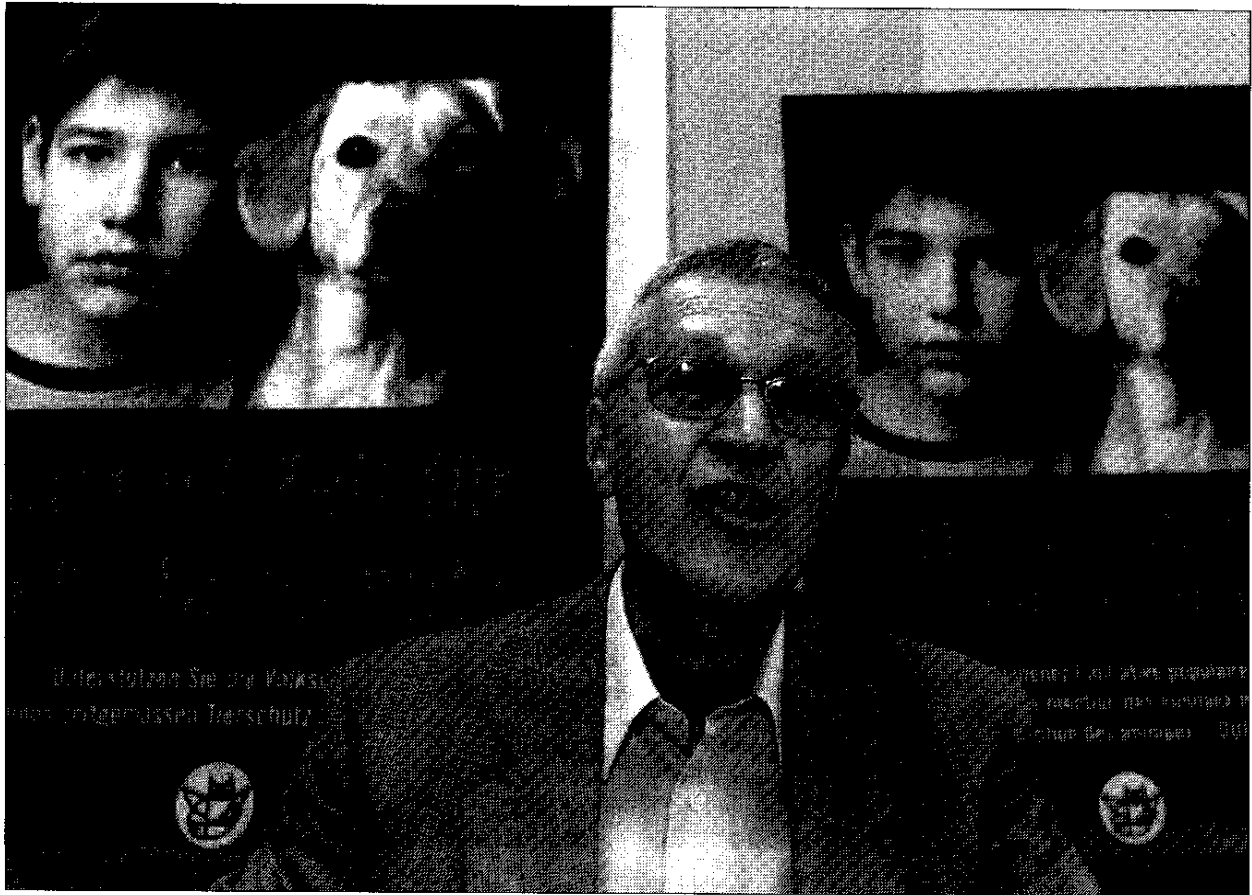
Die Absicht des Bundesrates löste einen eigentlichen Wirbel aus. Davon überrascht wurde Bundesrat Pascal Couchepin allerdings nicht, wie er in

einem Interview mit dieser Zeitung im Dezember letzten Jahres versicherte. Er zeigte sich auch zuversichtlich, die Lockerung trotz des Widerstands durchbohren zu können. «Die Lage ist politisch einfach: Laut dem Strassburger Gericht für Menschenrechte gilt Schächten als Menschenrecht.» Wenn er die Wahl habe, ob er ein Menschenrecht beachte oder – durchaus berechtigten – Tierchutzanliegen Rechnung tragen wolle, habe das Menschenrecht Vorrang.

Aussprache brachte Wende

Doch nun kam Couchepin, und mit ihm der Gesamtbundesrat, von der ursprünglichen Absicht weg. Gestern empfing der Volkswirtschaftsminister eine Delegation des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG). Diese wurde von Alfred Donath, SIG-Präsident, angeführt und diskutierte mit Couchepin über das Schächtverbot und das Ergebnis der Vernehmlassung.

Im Interesse des konfessionellen Friedens wurde vereinbart, auf die Lockerung des Schächtverbotes zu verzichten. Couchepin sicherte den Vertretern der SIG jedoch zu, die Einfuhr von Fleisch von Tieren, die nach jüdischen oder islamischen Vorschriften geschlachtet wurden – beim Schächten werden die Halsblutgefässe der Tiere ohne vorherige Betäubung durchtrennt – ausdrücklich



Die Initiative, die Heinz Lienhard, Präsident des Schweizer Tierschutzes, Ende Januar lancierte, soll trotz der Beibehaltung des Schächtverbots nicht zurückgezogen werden.

KEYSTONE

zu verankern. Ein Kompromiss, denn mit der Annahme der Initiative «Tierschutz – Ja» wäre auch der Import von solchem Fleisch verboten worden.

Bedauern...

Thomas Lyssy, Vizepräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), begründete die Abkehr von der Lockerung mit der offensichtlichen Chancenlosigkeit des Vorhabens. Eine grosse Mehrheit der Kantone und Verbände sei in der Vernehmlassung dagegen gewesen, was sich auch auf das Parlament übertrage.

Mit Bedauern habe er zur Kenntnis genommen, dass die Argumente des SIG nicht angekommen seien. Lyssy sagte weiter, die jüdische Gemeinde habe nach der Diskussion sehr grossen Druck gespürt. Angst vor Übergriffen habe aber, wenn überhaupt,

eine untergeordnete Rolle gespielt. Man müsse jedoch abschätzen, welches Risiko man für welchen Ertrag eingehe, sagte Lyssy. Der ganze SIG akzeptiere den neuesten Entscheid.

... und Jubel

Jubeln konnte gestern Abend dagegen der Schweizer Tierschutz (STS). «Das ist toll», sagte Geschäftsführer Hans-Ueli Huber. Er sei froh, dass der Bundesrat das Eigengoal vom letzten Herbst korrigiert habe. An der lancierten Initiative werde aber festgehalten. Es sei intolerabel, dass das Niveau des Tierschut-

zes nicht angehoben werde. Mit dem Import von geschächtetem Fleisch könne der Tierschutz leben. Er werde aber auch ausländische Organisationen im Kampf gegen diese Schlachtmethode unterstützen.

Für Tierschützer Franz Weber ist der Entscheid von Couchepin ein «Sieg der Tiere, aber auch ein Gebot der Stunde».

Lob von Parteien

Auf Zuspruch stiess Couchepin auch bei den Bundesratsparteien. Der Rückzug sei ein pragmatischer und aus realpolitischer Sicht richtiger Schritt, sagte FDP-Sprecherin Barbara Perriard. Damit sei ein heisses Eisen aus dem Verkehr gezogen worden, nachdem in den öffentlichen Diskussionen leider auch antisemitische Töne angeschlagen worden seien.

Auch die CVP erachtet den Entscheid als richtig, wie Sprecherin Beatrice Wertli ausrichtete. Die geplante Aufhebung des Schächtverbots habe hohe Wellen ausgelöst, sowohl bei Tierschützern, wie auch in religiösen Kreisen. Es sehe nun ein wenig danach aus, wie wenn die Volksseele Couchepin in die Knie gezwungen habe.

Die SVP sah einen pragmatischen Entscheid, der den konfessionellen Frieden in der Schweiz wahre, betonte Yves Bichsel, Pressesprecher. Auch die SP begrüsst gemäss Sprecher Jean-Philippe Jeannerat den Entscheid.



«Die Lage ist politisch einfach: Schächten ist gemäss Strassburger Gericht ein Menschenrecht.»

PASCAL COUCHEPIN